

Antrag
nach § 23 Abs. 1 Satz 2 GO LT

Hannover, den 09.12.2021

Fraktion der FDP

Zukunftsweisender Doppelhaushalt für ein modernes Niedersachsen

zu

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 18/9720 neu

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 18/10350

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Der Doppelhaushalt für die Jahre 2022 und 2023 bietet die Chance, Niedersachsen endlich auf einen Modernisierungspfad zu führen und nachhaltige Finanz- und Haushaltspolitik mit zielgerichteten Investitionen und klaren politischen Prioritäten zu vereinbaren.

Nach wie vor stellen die Corona-Pandemie und die Bewältigung ihrer Folgen unser Land vor große Herausforderungen. Die finanziellen Belastungen des Landes sind nach wie vor deutlich zu spüren, und im Angesicht einer vierten Welle sind weitere Hilfszahlungen, finanzielle Einbußen und Investitionsbedarfe nicht aus der Welt. Besonders in anhaltenden Krisenzeiten wie diesen ist eine nachhaltige und verantwortungsvolle Haushaltspolitik die unentbehrliche Grundlage für politische Handlungsfähigkeit. Deswegen sind politische Prioritäten und zielgerichtete Investitionen wichtiger denn je.

Mit politischen Prioritäten Niedersachsen zukunftsfähig aufstellen

Gerade weil die finanziellen Handlungsspielräume nach wie vor eingeschränkt sind, sind politische Prioritäten unabdingbar. Für uns müssen Prioritäten vor allem in folgenden Bereichen gesetzt werden:

- Chancen schaffen: Unabhängig von Herkunft, sozialer und finanzieller Situation und Geschlecht muss jede und jeder die Chance zur Selbstverwirklichung und für Aufstieg durch Leistung haben.
- Wohlstand durch Modernisierung ermöglichen: Ziel der Politik sollte es sein, den gesellschaftlichen und persönlichen Wohlstand in Niedersachsen zu erhöhen. Wohlstand und Wachstum sind die Voraussetzung dafür, die sozialen und ökologischen Belange einer nachhaltigen Gesellschaft verwirklichen zu können.
- Nachhaltigkeit durch Fortschritt erreichen: Die Grundlagen für eine erfolgreiche Zukunft müssen heute gelegt werden. Nachhaltigkeit, Generationengerechtigkeit und Innovationen sind die Voraussetzungen dafür, dass jede und jeder auch zukünftig die Chance hat, ihr bzw. sein Leben selbstbestimmt zu gestalten.
- Sicherung durch einen handlungsfähigen Rechtsstaat: Die Rechte der Menschen in Niedersachsen müssen sowohl vor Übergriffen durch Dritte als auch durch den Staat effektiv geschützt werden. Zugleich müssen die Menschen ihre Rechte auch effektiv und schnell durchsetzen können.

Um das zu erreichen, setzen wir u. a. auf die längst überfällige Abschaffung der Straßenausbaubeiträge, einen neuen Cyber-Security-Campus, der Niedersachsen zum Kompetenzzentrum im Kampf gegen Cybercrime machen soll, auf eine Stärkung der Hochschulen, Talentschulen, die für Bildungsgerechtigkeit kämpfen, Investitionsunterstützung der Landwirtschaft und eine auch personell starke Justiz.

Mit langfristigen Investitionen Niedersachsen modernisieren

Niedersachsen ist nicht so gut aufgestellt, wie es sein müsste. Das zeigt schon ein Blick auf die Infrastruktur und die Gebäude unseres Landes: Egal, ob Straßen, Hochschulen, Krankenhäuser oder Ämter und Behörden - der Modernisierungsstau ist schier unendlich. Es wurde lange Zeit verpasst, die Liegenschaften des Landes instand zu halten, was nun dazu führt, dass sich ein riesiger Berg an Investitionsbedarf aufgetürmt hat. Statt weiterhin tatenlos zuzusehen, ist es unabdingbar, dass endlich ein langfristiges Investitionskonzept entwickelt und angewandt wird, das die Modernisierung des Landes finanziell solide und nachhaltig ermöglicht. Niedersachsen braucht eine Dekade der Investitionen.

Der Staat ist aktuell nicht in der Lage, diese Sanierungsbedarfe alleine zu bewältigen. Würde er dies versuchen, müssten wir wohl noch viele Jahre oder gar Jahrzehnte mit Sanierungsstau umgehen. Deswegen sollte in Zukunft die Möglichkeit Öffentlich-Privater-Partnerschaften vermehrt in den Blick genommen werden, um Landesliegenschaften neu und zukunftsfähig aufzustellen. Wichtig ist hierbei, dass Qualität und Rentabilität im Vordergrund stehen. Das heißt: Die gesamten Lebenszyklen der Gebäude müssen Priorität haben und es muss sichergestellt sein, dass alle Standards vertraglich im Sinne des Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger geregelt sind. Beispielsweise im Hochschulbereich bestehen hier große, bislang ungenutzte Möglichkeiten. Für die Erarbeitung und Be-
streitung von ÖPP-Projekten müssen dafür jährliche Mittel im Haushalt veranschlagt werden.

Gleichzeitig muss das Land aus Eigenmitteln die Modernisierung vorantreiben. Hierfür sollte es das bestehende Sondervermögen zur Nachholung von Investitionen durch energetische Sanierung und Infrastruktursanierung von Landesvermögen sowie zur Unterbringung von Flüchtlingen in landeseigenen Gebäuden in staatlicher Verantwortung um den Zweck der Liegenschaften des Landes erweitern und jährlich mit 100 Millionen Euro aus dem laufenden Haushalt speisen.

Mit effizientem Management Niedersachsen schlagkräftig machen - unnötige Ausgaben kürzen

Prioritäten setzen bedeutet auch, bestehende Ausgaben zu hinterfragen und Strukturen zu straffen. Die Landesverwaltung braucht ein Update - sowohl, was ihre Aufstellung betrifft - hier ist eine umfassende und umfangreiche Aufgabenkritik nach wie vor unerlässlich - als auch ihre Arbeitsweise. Nicht zuletzt durch die Corona-Jahre hat auch die Landesverwaltung vermehrt auf digitale Formate umgestellt, beispielsweise bei Veranstaltungen, Dienstreisen oder Informationsarbeit. Das war überfällig und bietet Potenziale für Einsparungen. Auch die Straffung von Haushaltsposten ist notwendig, was eine Überprüfung von Ausgaberesten und die Anpassung an tatsächliche Mittelabflüsse einbezieht. Nicht zuletzt müssen Projekte und Subventionen immer wieder kritisch auf ihre Sinnhaftigkeit, ihren Nutzen und ihre Effizienz hin geprüft und hinterfragt werden.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Christian Grascha

Parlamentarischer Geschäftsführer

(Verteilt am 09.12.2021)